

Weiter Weg zur digitalen Landkarte

Computerexperten, Landvermesser und Verwaltungsfachleute wollen Behördenabläufe elektronisch vereinfachen.

Rostock (OZ) „Geodaten klingt abstrakt. Landkarte versteht man besser“, sagt Ulf Klammer, Vorsitzender des Vereins „GeoMV“. Trotzdem reden die 150 Fachleute, die der aus 25 Technologieunternehmen bestehende Verein gestern und heute zum „1. GeoForum M-V“ in das Warnemünder Technologiezentrum geladen hat, lieber über Geoinformationssysteme, Geodateninfrastruktur und Geodateninfoportale, die es in Anfängen auch in Mecklenburg-Vorpommern gibt. Die Zusammenkunft dient der Verständigung: Soft- und Hardwarespezialisten und Vermessungsingenieure auf der einen Seite, Landes- und Kommunalverwaltungen auf der anderen.

Tatsächlich spielen geografische Informationen eine entscheidende Rolle in der Verwaltung: „Katasterauszüge, Liegenschaftskarten, Planungsunterlagen für den Bau sind klassische Anwendungsgebiete“, sagt Klammer. Hinzu kommen etwa die Ausweisung von Naturschutzgebieten, die Berechnung von Fördermitteln für die Landwirtschaft oder Planungen für den Hochwasserschutz. Überall arbeiten Verwaltungen mit „Landkarten“.

Im Computerzeitalter gibt es digitalisierte Karten, Datenbanken, Satellitenfotos – und Beamte, die mit Computern umgehen können. „Trotzdem werden noch immer Karten in der einen Planungs- oder Genehmigungsbehörde ausgedruckt, in den Briefumschlag gesteckt und wie vor hundert Jahren per Post zur nächsten Behörde geschickt“, erzählt Klammer.

Carsten Kleinfeldt, Vermessungsfachmann im Schweriner Innenministerium nennt den Grund: „Die Daten der verschiedenen Behörden sind oft nicht kompatibel.“ Die Computersysteme verstehen sich nicht, oder die Karten beruhen auf unterschiedlichen Koordinatensystemen. Sollen aber Verwaltungsvorgänge effizienter werden, muss das anders werden. „Das ist Voraussetzung zum Aufbau der elektronischen Verwaltung, dem E-Government“, sagt Kleinfeldt. Im Zuge der Verwaltungsreform soll es in M-V nämlich möglich werden, dass jeder Bürger von jedem Gemeindebüro aus alle Verwaltungsvorgänge abwickeln kann, egal, ob Bauantrag, Kfz-An- oder Wohnsitzmeldung.

Dass sich die Fachleute deshalb auf einheitliche Standards einigen müssen, liegt auf der Hand. Seit 2000 gibt es dazu Vorgaben der Bundesregierung, berichtet Martin Lenk vom Bundesamt für Geodäsie. Ein so genannter „Masterplan E-Government“ sorgt seit letztem Jahr in M-V dafür, dass die Arbeit an der elektronischen Verwaltung Schritt für Schritt vorankommt.

„Bis der Bürger einen Nutzen davon hat, ist der Weg noch weit“, schätzt Ulf Klammer von GeoMV ein. Oft scheitert die Einbeziehung der Wirtschaft vor Ort in die Entwicklungsarbeit an der Finanzierung durch das Land, ebenso oft wüssten Entscheidungsträger in Schwerin oder bei den Landkreisen nicht, dass auch Firmen aus M-V bestens für den Aufbau des E-Government gerüstet seien. Und mitunter, beklagt der Rostocker Ingenieur Christian Fietz, plane das Land, ohne die eigentlichen Akteure in den Gemeinden oder Amtsverwaltungen einzubeziehen. Fietz: „Ihre Anforderungen bleiben oft unberücksichtigt.“

All das soll nun anders werden, hofft der Vorstand von GeoMV. Mit dem ersten Forum sei ein Anfang gemacht, sagt Klammer, damit sich nicht nur die Computer, sondern auch die Akteure des E-Government verstehen lernen.